

Bericht: Delegiertenversammlung EVP Schweiz

Über 100 Delegierte der EVP trafen sich am Samstag, 30.11.2013, im Kongresshaus Liebestrasse im Winterthur zu ihrer 3. Ausserordentlichen Delegiertenversammlung. Dabei beschlossen die DV-Teilnehmer folgende Abstimmungsparolen:

- **Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“**
 - Ja 11, Nein 82, Enthaltungen 12
- **Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“**
 - Ja 59, Nein 31, Enthaltungen 15
- **Bundesratsbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI)**
 - Einstimmig angenommen

Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“: Nationalrat Luzi Stamm führte wortgewandt und pointiert Pro-Argumente vor. Dabei wies er wiederholt auf die hohe Zuwanderung von jährlich 80'000 Personen hin und stellte die grosse Personenanzahl in den Kontext der Gesamteinwohnerzahlen der Städte Baden, Brugg und Umgemeinden oder dem ganzen Kanton Schaffhausen. Der Pro-Referent wies auch die Wichtigkeit der Möglichkeit einer Selbststeuerung der Einwanderung hin, da ansonsten nicht zuletzt die bestehenden Sozialwerke (AHV, Sozialhilfe etc.) der Schweiz akut gefährdet seien. EVP Nationalrätin Maja Ingold bestritt das Contra-Referat. Dabei war ihr wichtig darauf hinzuweisen, dass bei einer Annahme der Volksinitiative die bestehenden bilateralen Verträge in Gefahr seien. Zudem sah sie die Initiative der SVP als Rückschritt in alte frühere Zeiten der Einwanderungspolitik. Nach vielen Wortmeldungen der anwesenden Delegierten wurde die Initiative schlussendlich deutlich mit 82 zu 11 abgelehnt.

Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“: Zuerst war es an Frau Valérie Kasteler-Budde (EVP, Thonex/GE) als Co-Präsidentin des Initiativkomitees die Pro-Argumente der Initiative darzulegen. Dabei führte sie aus, dass mit Annahme der Initiative die Abtreibung von ca. 1'000 Babys pro Jahr (Heute ca. 11'000 Abtreibungen pro Jahr in der Schweiz) verhindert werden könnten. Im Weiteren wies sie auf den unhaltbaren Zustand hin, dass wir alle über die Grundversicherung die Tötung von Kindern mitfinanzieren. Zudem verwies Kasteler-Budde auf das Parteiprogramm der EVP Schweiz, welche in ihren Zielen explizit die Streichung der Abtreibungskosten aus der Grundversicherung festgehalten hat. Die Contra-Argumente wurden alsdann von SP-Nationalrätin, Frau Jaqueline Fehr, vorgetragen. Sie hielt fest, dass eine Abtreibung keine Privatsache sei. Zudem war für Frau Fehr klar, dass die vorliegende Initiative die Fristenregelung (Abstimmung 1992) in Frage stelle und die betroffenen Frauen, in ihrer Not noch zusätzlich belaste. Auch zu dieser Initiative war der Andrang am Rednerpult sehr gross. Dabei argumentierten (überraschend) viele DelegiertInnen gegen die Initiative. Dabei begründeten sie ihre Haltung grossmehrheitlich mit den gleichen Argumenten wie Nationalrätin Jaqueline Fehr. Die Abstimmung ergab dann (wider Erwarten) mit 59 Ja zu 31 Nein eine deutliche Annahme der Volksinitiative.

FABI; Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative „Für den öffentlichen Verkehr“: Wieder war es an der EVP Nationalrätin Maja Ingold, die dritte und letzte Vorlage an diesem Tag vorzustellen. Dabei legte Maja Ingold dar, dass der öffentliche Verkehr mit FABI ein stabiles finanzielles Fundament erhalten wird. Dies sei wichtig, um die bestehenden Kosten für den Unterhalt und den Ausbau des Bahnnetzes sicherzustellen. Wie im Ständerat (44:0) und Nationalrat (144:40) war auch dieses Geschäft bei den EVP Delegierten unbestritten. So wurde von den Stimmberechtigten für die Vorlage FABI einstimmig die Ja-Parole gefasst.

Unter dem Traktandum Verschiedenes meldete sich EVP Altnationalrat Ruedi Aeschbacher zu Wort. Dieser schlug den Delegierten der EVP Schweiz eine Resolution betreffend Weissgeldstrategie an den Bundesrat vor. Aeschbacher begründete seinen Antrag damit, dass der Bundesrat unter Druck der Bankenlobby seine im Februar 2013 beantragten Massnahmen für einen sauberen Bankenplatz Schweiz zurück gestutzt habe. Dies mit der Begründung, dass man nun auf den „Automatischen Datenaustausch“ setzen wolle; dies im Wissen, dass ein solcher Datenaustausch – wenn überhaupt – erst in ein paar Jahren realisiert werden kann. Die DV stimmte der Überweisung der Resolution mit dem Titel „Oh du Schande!“ an den Bundesrat einstimmig zu.

Hugo Bosshart
Co. Präsident, Kantonalpartei EVP Schaffhausen

Beringen, 01.12.2013